**Flüchtlinge sind nur Sinnbild für die Fragen unser Zeit**

**Populisten stilisierten die Migration zum Hauptproblem und lenkten so von den eigentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen ab, mahnen Forscher**

Alexandra Bröhm, (Sonntagszeitung vom 18.11.2018)

Die Flüchtlinge - sie sind als Thema überall, in den sozialen Medien, den Schlagzeilen, den Reden der Populisten und jetzt in den Diskussionen um den UNO-Migrations­pakt. Dabei spielen die Schicksale der Vertriebenen sel­ten eine Rolle, und nicht immer geht es um offizielle Zahlen. Verwirrung herrscht oftmals auch bei den Begriffen. Wer ist Flüchtling, wer Migrant, wann beantragt jemand Asyl, und gilt der UNO-Migrationspakt für alle oder nur für manche?

Auch die Wissenschaft beschäftigt sich seit einigen Jahren vermehrt mit diesen Themen, in der Schweiz gibt es an verschiedenen Universitäten Migrationsexperten. Sie forschen auch zur Frage, warum die Flüchtlinge den Populisten als Hauptangriffsfläche dienen und wie deren Strategie den Rechtsstaat unterhöhlt.

Interessant sind dabei die Zahlen. Wer die Debatte verfolgt, der bekommt schnell den Eindruck: Der weitaus grösste Teil aller Flüchtlinge will nach Europa oder in die USA. Wer die Statistiken des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) studiert, bekommt einen anderen Eindruck: Weltweit mussten 68,5 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen, davon sind 40 Millionen Binnenvertriebene, also Flüchtlinge im eigenen Land.

Der allergrösste Teil jener, die in ein anderes Land flüchteten, nämlich 85 Prozent aller Flüchtlinge, die unter dem Schutz des UNHCR stehen, lebt in Entwicklungsländern und nicht in Europa oder den USA. Die grössten Flüchtlingslager liegen in Bangladesh und Uganda. Gewalt und Vertreibung sind die Hauptgründe für die Flucht. Mehr als zwei Drittel aller Flüchtlinge kommen aus fünf Ländern, in denen Krieg herrscht.

**Auch Expats sind Migranten, sie sehen sich nur nicht als solche**

Migranten sind Menschen, die Grenzen für einen längeren Aufenthalt überschreiten, aus welchen Gründen auch immer. Als Migranten kann man also sowohl Expats - hoch qualifizierte Arbeitsmigranten -, als auch Kriegsflüchtlinge bezeichnen. «In der heutigen Debatte hat der Begriff Migrant einen negativen Beigeschmack bekommen, obwohl er einfach eine Wanderbewegung über Grenzen bezeichnet», sagt der Migrationsexperte Walter Leimgruber. Der Professor an der Universität Basel leitet das Institut für Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie und ist Präsident der Eidgenössischen Migrationskommission. Expats definieren sich deshalb nicht gerne als Migranten, obwohl sie in diese Kategorie fallen.

Wer aus seiner Heimat vertrieben wurde, der kann in einem anderen Land Asyl beantragen und gilt dann als Asylbewerber. Das Völkerrecht bietet dabei klare Rahmenbedingungen: Niemand, der an Leib und Leben gefährdet ist, darf in sein Herkunftsland zurückgeschickt werden. Laut dem UNHCR ist es jedoch gerade für Menschen, die zum Beispiel vor Bombardierungen in Kriegsgebieten flüchten, schwierig, nachzuweisen, dass man sie persönlich verfolgt. Das wäre eigentlich die Voraussetzung, um eine Anerkennung als Flüchtling zu bekommen.

Die UNO-Generalversammlung gründete das UNHCR im Jahr 1951 unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs. Die Hilfe für die zahllosen Vertriebenen steht noch heute im Zentrum der Aktivitäten des UNHCR. Der UNO-Migrationspakt ist ein internationales Projekt, an dessen Ausarbeitung die Schweiz massgeblich beteiligt war - etwas, das in den aktuellen Diskussionen meist untergeht.

**Finanzströme sind schwerer zu fassen als eine Flüchtlingswelle**

«Die Kritiker glauben, der UNO-Migrationspakt würde zu mehr Migration führen. Dabei geht es um minimale Standards der Zusammenarbeit», sagt Gianni DAmato, Professor an der Universität Neuenburg und Leiter des Schweizerischen Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudien. «Wir sollten nicht hinnehmen, dass jedes Jahr Tausende von Menschen im Mittelmeer ertrinken.» Mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge sind Kinder unter 18 Jahren.

Nicht immer ist die Anzahl der Flüchtlinge in einem Land proportional zur Aufregung, die es um die Anwesenheit dieser Menschen gibt. So lebten in den USA 2017 bei einer Bevölkerung von 328 Millionen Menschen nur knapp eine Million Flüchtlinge und Asylsuchende. Die Türkei hat bei einer Bevölkerung von 80 Millionen 3,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Im Libanon ist einer von sechs Menschen ein Geflüchteter.

Dass Populisten den Flüchtlingen für fast alles die Schuld geben, hat laut den Forschern verschiedene Ursachen. «Die Flüchtlinge sind ein Sinnbild dafür, wie hilflos die Staatenwelt vor den riesengrossen Problemen steht, die uns die Globalisierung und die Digitalisierung bringen», sagt Leimgruber. Die vertriebenen Menschen führten uns vor Augen, wie zerbrechlich unsere Welt geworden sei. «Die Globalisierungsängste richten sich auf die Flüchtlinge, weil sie viel greifbarer sind als die eigentlichen Bedrohungen.» Die globalisierten Finanzströme oder die Automatisierung seien viel abstraktere Begriffe, auch wenn diese Prozesse viel eher für den Verlust von Jobs verantwortlich sind. Das nützen Populisten für ihre Kampagnen aus. Problematisch sei das nicht nur für die Betroffenen, die zum Sündenbock einer globalen Entwicklung werden. «Schlimm ist, dass wir anfangen, das gesellschaftliche System zu zerstören, das wir aufgebaut haben.»

**Der Glaube an die Demokratie als beste Staatsform schwindet**

Der liberale demokratische Staat war nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen eine Erfolgsgeschichte und brachte vielen Menschen Wohlstand. Rechtsstaatliche Strukturen und die Gewaltentrennung sind die Prinzipien einer solchen liberalen Demokratie. Doch in der populistischen Debatte scheinen diese Prinzipien immer häufiger unter die Räder zu kommen.

«Es geht nicht darum, alle Flüchtlinge aufzunehmen», sagt Leimgruber, «sondern darum, sich an rechtsstaatliche Prinzipien zu halten.» Viel eher sollte man sich darum kümmern, den liberalen demokratischen Staat für die Globalisierung fitzumachen. «Wir brauchen im Zeitalter der Digitalisierung und künstlichen Intelligenz beispielsweise ganz neue Berufsprofile, aber es ist natürlich viel einfacher, über die Flüchtlinge zu schimpfen», sagt Leimgruber.

Sorgen um die liberalen Demokratien macht sich auch der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Yascha Mounk, der an der Harvard University lehrt und das Buch «Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht» geschrieben hat. Es gehe in den kommenden Jahren um nichts weniger als das Überleben der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, ist Mounk überzeugt. Sorgen macht ihm auch, dass in Ländern wie Deutschland immer mehr Menschen die Demokratie nicht zwingend für die beste Staatsform hielten. Wir sollten jetzt handeln, bevor es uns gehe wie den alten Römern, schreibt Mounk: «Als die meisten Römer endlich erkannten, dass ihre Freiheit auf dem Spiel stand, war die Republik längst verloren.»